

Die Linke Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg

Stiftung für die Rechte
Zukünftiger Generationen
Herrn Thomas Lange
Herrn Prof. Jörg Tremmel

per E-Mail

**Die Linke Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt**

Thomas Lippmann

Domplatz 1a
39104 Magdeburg

Postanschrift:
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391 – 560 5132
thomas.lippmann@
dielinke.landtag-lsa.de
www.dielinke-fraktion-lsa.de

Position zur Reform der Abgeordneten pensionen von Sachsen-Anhalt

Bezug: Ihr Schreiben vom 15. April 2026

Magdeburg, 22.04.2026

Sehr geehrter Herr Lange,
sehr geehrter Herr Prof. Tremmel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. April und die darin vertretene Positionierung zu Art und Umfang der Abgeordneten pensionen und für Ihre darauf gerichtete Anfrage an die Abgeordneten des Landtages in Sachsen-Anhalt.

Ihre Forderungen für eine Reform der Abgeordneten pensionen sind nachvollziehbar und begründet. Das derzeit geltende System des Erwerbs von Pensionsansprüchen für Mitglieder des Landtages ist – obwohl es bereits reformiert und dabei begrenzt wurde – gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung sehr komfortabel. Dies gilt aber grundsätzlich auch für das System der Beamtenversorgung insgesamt, dem die Abgeordnetendiäten und die Abgeordneten pensionen nachgebildet sind.

Es ist sicher schwer vermittelbar, dass für Abgeordnete Versorgungsregelungen gelten, die schnell zu hohen Anwartschaften führen, während die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt und selbst bei einem Verdienst an der Beitragsbemessungsgrenze geringere Rentenansprüche erwirbt.

Ich unterstütze daher ausdrücklich das Ziel, die Altersversorgung von Abgeordneten grundlegend umzustellen, so dass künftig Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden. Die Linke hat sich dafür in der Vergangenheit auf Landes- wie auf Bundesebene auch wiederholt eingesetzt.

Eine solche Reform sollte aber eine entsprechende Reform für die Pensionen der Landesbeamten zumindest nach sich ziehen. Zwar können die Mitglieder des Landtages hier mit „gutem Beispiel“ vorangehen, aber die Abgeordneten des Landtages erzeugen nur einen sehr kleinen – wenn auch exponierten – Teil der finanziellen Belastungen für den Landeshaushalt. Außerdem wird mit einer Änderung der Abgeordnetenpensionen allein das grundlegende Gerechtigkeitsproblem der Beamtenbesoldung und -versorgung nicht gelöst.

Eine solche Reform der Abgeordnetenpensionen, soll sie denn zustande kommen, muss sehr gut vorbereitet und gut kommuniziert werden. Insbesondere muss das Inkrafttreten und der Umgang mit bereits erworbenen Anwartschaften seriös und rechtssicher geklärt und gesetzlich ausgestaltet werden. Eine anschließende Klagewelle, die möglicherweise Teile der Reform oder die Reform in Gänze zu Fall bringt, würde alle weiteren Bemühungen zunichtemachen.

Außerdem muss fachlich geklärt werden, wie ein neues System konkret ausgestaltet werden müsste und wie sich das dann auf die Höhe der Abgeordnetenentschädigung (Diäten) auswirken würde. Der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf ist dabei ein möglicher Vorschlag, er ersetzt aber nicht die notwendige parlamentarische Beratung und Abwägung.

Insofern bitte ich um Verständnis, dass ich Ihre am Ende gestellte Frage so nicht mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten kann. Weder kann ich zum heutigen Zeitpunkt sagen, ob der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf letztlich geeignet ist, eine Mehrheit im künftigen Landtag für eine Reform der Abgeordnetenpensionen zu erreichen, noch scheint es ehr unwahrscheinlich, dass dies in den ersten sechs Monaten der neuen Legislatur gelingt.

Eine Reform der Abgeordnetenversorgung ist ein notwendiger Schritt – sie muss aber Teil einer umfassenden Rentenreform sein, die für alle Menschen mehr Sicherheit im Alter schafft. Deshalb setze ich mich konkret dafür ein, dass

- Abgeordnete künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen,
- auch alle Beamt*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen,
- die Rentenkassen von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden und
- auf dieser Grundlage das Rentenniveau wieder angehoben und die Diskussion um eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters beendet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Lippmann (MdL)

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender